

**Matthias Jena**  
**Vorsitzender des DGB Bayern**



## **Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit**

### **Rede am 01. Mai 2018 in Augsburg**

	<b>Seite</b>
gemeinsam Hand in Hand - unabhängig von Nationalitäten	2
AfD ist keine Alternative	3
Betriebsratswahlen	3
immer weniger Beschäftigte mit Tarifvertrag	4
Hartz IV	5
Wohnen und Miete	6
Rente	7
Rückkehrrecht in Vollzeit	7
sachgrundlose Befristung	7
Arbeitszeit	8
Pflege	8

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Sperrfrist: Beginn der Rede um 10.30 Uhr**

*Anrede,*

herzlichen Dank, dass ich heute – am Feiertag der Arbeiterbewegung – im wunderbaren Augsburg sein darf.

Zum Beginn der Fußballsaison, wenn man so nach Tipps gefragt hat, dann haben ja ganz viele den Deutschen Meister richtig vorhergesagt. Bei der Frage nach potentiellen Absteigern wurde oft Augsburg an erster Stelle genannt. Tatsache ist: ganz unten stehen Wolfsburg, Hamburg und Köln, Augsburg hat schon am 31. Spieltag den Klassenerhalt endgültig gesichert. Was lernen wir daraus? **Unterschätzt die Augsburger nicht!**

Es gibt noch viele andere wunderbare Seiten an Augsburg – eine, eine historische, will ich noch besonders hervorheben: Augsburg ist die Stadt des Religionsfriedens von 1555. Die Grundlage für das friedliche Zusammenleben von Katholiken und Protestanten.

Ohne da zu sehr ins Detail zu gehen, wir stellen uns Religionsfrieden heute anders vor. Aber vor mehr als 460 Jahren war das eine wahrhaft historische Leistung!

Angesichts zunehmender rechtsradikaler Hetze gegen Juden und Muslime wünsche ich mir einen neuen Religionsfrieden.

Gewerkschaften und Beschäftigte zeigen Tag für Tag, wie gute Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion und Nationalität geht.

In den Betrieben arbeiten Menschen aus dutzenden verschiedener Nationen. Gemeinsam, Hand in Hand und gleichberechtigt. Bei Betriebsratswahlen dürfen alle wählen, unabhängig von Nationalität und Herkunft.

Wo Menschen nicht gegeneinander sondern miteinander arbeiten – da gelingt Integration.

Eine soziale, eine solidarische Gesellschaft gibt es nur, wenn alle, die hier leben, sich gemeinsam für bessere Lebenschancen und starke Tarifabschlüsse einsetzen.

Wir Gewerkschafter stehen gegen jede Ausgrenzung, gegen jeden Nationalismus, gegen Antisemitismus, gegen jeden Rassismus. Das sind wir nicht nur unserer eigenen Geschichte schuldig. Das ergibt sich schlicht und einfach aus unserem Selbstverständnis.

Dass die Rechtsextremisten der sog. „AfD“ ausgerechnet hier in Augsburg – in der Stadt des Religionsfriedens – ihren Bundesparteitag abhalten wollen, zeigt wieder einmal, wie wenig Ahnung von der deutschen Geschichte diese Partei hat.

Vor ein paar Wochen hat die AfD gemeinsam mit Pegida, dem „Dritten Weg“ und der NPD vor dem Münchner Gewerkschaftshaus demonstriert. Die sog. „*Alternative*“ hat sich damit endgültig entlarvt, das ist eben keine neue konservative Partei, sondern die machen gemeinsame Sache mit den Rechtsradikalen und Faschisten!

Diese Partei ist keine Alternative, sondern eine Schande für Deutschland

Übrigens wissen wir aus zahlreichen Studien, dass Beschäftigte, die unter dem Schutz von Tarifverträgen und in Betrieben mit Betriebsräten arbeiten, weniger anfällig dafür sind, die AfD zu wählen.

Darüber sollten die Parteien mal nachdenken – Tarifbindung stärken und die Behinderung von Betriebsratsarbeit endlich wirksam bestrafen. Das wäre die richtige Antwort.

Das sage ich auch mit Blick auf die laufenden Betriebsratswahlen. Alle von Euch, die für den Betriebsrat kandidieren oder im Betrieb wählen gehen, können dazu beitragen, die Rechten in ihre Schranken zu verweisen. Und das habt Ihr getan!

Es gab da ja vor den Betriebsratswahlen einen unglaublichen Hype in manchen Medien: „Da kandidieren Tarnlisten der AfD“. Jetzt sind die Betriebsratswahlen fast überall gelaufen.

In Bayern hat es in keinem einzigen Betrieb eine rechtsradikale Liste geschafft, auch nur einen einzigen Sitz im Betriebsrat zu erobern.

Manche Medien haben das Thema wirklich künstlich aufgeplustert. Das ist verantwortungslos und nichts anderes als kostenlose Werbung für die Hetzer und Spalter.

Es geht um die soziale Sicherheit in unserem Land, um das soziale Miteinander.

Deutschland war mal stolz auf seine Sozialpartnerschaft. Sie war Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs. Aber immer mehr Arbeitgeber kündigen diese Sozialpartnerschaft auf.

In Bayern arbeiten **nur noch 53%** der Beschäftigten in einem Betrieb **mit Tarifvertrag**.

Für die anderen 47% gibt es keinen. Allein in Bayern: Rund 2,5 Millionen Beschäftigte in einem permanenten Zustand von Angst und Verunsicherung.

Immer mehr Unternehmen flüchten aus der Tarifbindung. Tendenz steigend. Seit Jahren. **Das ist asozial. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal sondergleichen.**

Jüngstes Beispiel, die Gersthofer Backbetriebe hier in Augsburg. 1,1 Mio. EUR wollen die in diesem und nächstem Jahr einsparen – auf dem Rücken der Beschäftigten. Urlaubs- und Weihnachtsgeld wollen die streichen. Und das in einem Unternehmen, das mal stolz auf seine soziale Tradition war. **Es ist ein Skandal.**

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen von der NGG viel Kraft für die bevorstehende Auseinandersetzung – und viel Erfolg.

Oder hier um die Ecke bei Amazon in Graben. Der Gründer von Amazon, Jeff Bezos, kassiert über 4 Millionen Dollar – **pro Stunde! Jeden Tag über 100 Millionen** – er gilt unterdessen als der reichste Mensch der Welt, alles zusammen gerafft auf Kosten der Beschäftigten.

Wenn der nur 50 Millionen Euro pro Tag abkassieren würde, müsste er auch nicht hungern und könnte aber dafür die weltweit 500.000 Beschäftigten endlich anständig bezahlen.

Den nicht-tarifgebundenen Betrieben muss es endlich schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonkurrenz zu betreiben. Wir wollen Tarifverträge für alle!

Dafür muss die Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Deshalb fordern wir von der neuen Bundesregierung: Erleichtert die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Sorgt per Gesetz dafür, dass die Tarifbindung bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen weitergilt!

In punkto Tarifbindung und betrieblicher Mitbestimmung bleibt der Koalitionsvertrag weit hinter unseren Erwartungen zurück. Es bleibt bei Absichtserklärungen!

Die Kanzlerin hat beim Kongress der IG BCE zugesagt, sie würde alles tun, um die Tarifbindung wieder zu steigern. Klingt gut – aber Frau Merkel: dann liefern sie jetzt endlich.

Da ist auch die bayerische Staatsregierung gefordert. Es kann nicht sein, dass staatliche Aufträge prinzipiell immer an den billigsten Anbieter vergeben werden. Die *Arbeitsbedingungen* sind der Staatsregierung dabei offenbar egal!

Deshalb die Botschaft an alle, die jetzt im Wahlkampf sind: Schafft endlich ein Tariftreue- und Vergabegesetz!

Auch das, was wir hier in Augsburg gerade z.B. bei Ledvance und Premium Aerotec erleben müssen, hat mit Sozialpartnerschaft überhaupt nichts zu tun. Was sich das Management da leistet, macht einen einfach nur noch wütend.

Das ist eine rücksichtslose Flucht vor der Verantwortung.

Wir fordern sozialverträgliche Lösungen und einen Verzicht auf die Schließung. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Beschäftigten und allen Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, die so engagiert und tapfer kämpfen.

Mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle auch Oberbürgermeister Kurt Gribl und der zweiten Bürgermeisterin Eva Weber. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Nein, eine Bürgermeisterin, ein Oberbürgermeister können nicht den Blödsinn verhindern, den manche Unternehmen machen. Aber Sie in dieser schwierigen Zeit an unserer Seite zu wissen, hilft – Herzlichen DANK.

Sollten die unglaublichen Dummheiten dieser Arbeitgeber wirklich nicht mehr zu verhindern sein, so hoffe ich, dass die Augsburger Allianz für Arbeitsplätze mithelfen kann, dass die Betroffenen nicht arbeitslos werden.

Arbeitslosigkeit ist brutal und längere Arbeitslosigkeit heißt dann spätestens nach einem Jahr Hartz IV.

Der neue Gesundheitsminister, Jens Spahn, stellt sich öffentlich hin und behauptet allen Ernstes, wer von Hartz-IV lebe, sei nicht arm. Der Mann verdient das 37-fache dessen, was Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger als Regelsatz bekommen! Das ist unerträglich! Das ist purer Zynismus!

Hartz IV ist ein Unglück, Essen für 2 Euro 55 am Tag, Bildung für 1,06 Euro im Monat – das ist eine Schande in so einem reichen Land.

Und Millionen Menschen Deutschland sind davon betroffen! Menschen, die deshalb oft als „sozial schwach“ bezeichnet werden. Das ist eine Beleidigung! Jemand, der keine Arbeit hat, oder eine Arbeit, die für ihn und seine Familie nicht zum Leben reicht, der ist nicht sozial schwach – der ist arm!

Sozial schwach sind diejenigen, die so etwas zulassen. Sozial schwach ist ein Staat, der nichts gegen die Armut dieser Menschen unternimmt. Und sozial schwach ist ein Gesundheitsminister, der nicht weiß, was Armut ist.

Diese Armut dürfte es in einem so reichen Land nicht geben.

Auch die Armut nicht, die entsteht, weil viele Menschen – gerade auch hier in Bayern – ihre Wohnung und die explodierenden Mieten nicht mehr bezahlen können.

Im Artikel 106 der Bayerischen Verfassung steht: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung“. Das ist ein glasklarer Auftrag an die Staatsregierung – liest von denen eigentlich manchmal einer die Verfassung, die sie an Festtagen so bejubeln?

Viele Menschen zahlen schon 40 oder 50 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen. Viele – vor allem in den Ballungszentren – haben, wenn die Miete gezahlt ist, nur noch ein Resteinkommen, das unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze liegt.

Wie soll denn ein Gemeinwesen, wie soll eine Stadt funktionieren, wenn Männer und Frauen mit durchschnittlichem Einkommen es sich nicht mehr leisten können, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu wohnen?

Es kann doch nicht sein, dass die Gewerkschaften gute Lohnerhöhungen erkämpfen und die Menschen nichts davon haben, weil immer mehr in die Kassen von Immobilienunternehmen oder Spekulanten fließt. Die Mietpreisbremse hat da gar nichts geholfen – die ist ein Witz. Der Mietwahnsinn muss gestoppt werden! Die Politik muss endlich handeln!

Was der neue bayerische Ministerpräsident da in seiner Regierungserklärung verkündet hat, ist bestenfalls ein winziges Tröpfchen auf einen ganz heißen Stein.

In Bayern fehlen 50.000 Sozialwohnungen, wenn Markus Söder ankündigt in den nächsten sieben Jahren sollten 10.000 Wohnungen gebaut werden, dann muss man kein Mathematiker sein, um zu verstehen, dass das vorne und hinten nicht langt.

Und immer mehr Menschen müssen spätestens mit dem Eintritt in die Rente ihre gewohnte Umgebung verlassen, weil sie sich die Miete einfach nicht mehr leisten können.

Jede vierte Frau und jeder fünfte Mann über 65 Jahren in Bayern ist von Armut bedroht.

Männer, die jetzt in Bayern in Rente gehen, bekommen im Durchschnitt eine gesetzliche Rente von 1.049 Euro pro Monat, Frauen sogar nur 616 Euro.

Die neue Bundesregierung will das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisieren. Das ist ein erster Schritt, das ist auch ein Erfolg unserer Rentenkampagne, aber das reicht noch lange nicht, um die immer größer werdende Altersarmut endlich wirksam zu bekämpfen.

Vielen, vor allem vielen Frauen, wäre schon etwas geholfen, wenn sie nicht ewig in der Teilzeitfalle gefangen gehalten würden. Deshalb fordern wir seit langem das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Das stand ja schon im Koalitionsvertrag der letzten Bundesregierung, jetzt scheint endlich was draus zu werden. Das kennen wir Gewerkschafter leider nur zu genau – das Bohren dicker Bretter dauert eben manchmal lange, aber wir lassen nicht nach.

Das gilt auch bei der sachgrundlosen Befristung, die gehört endlich abgeschafft. Fast jeder zehnte Beschäftigte hat nur ein befristetes Arbeitsverhältnis. Knapp die Hälfte aller Neueinstellungen erfolgt befristet. Sachgrundlos befristen, das heißt „willkürlich“ befristet!

Da jammern die Arbeitgeber über den angeblichen Fachkräftemangel und dann befristen sie – ohne jeden sachlichen Grund.

Wie weit der Wahnsinn geht, zeigt sich bei den Kettenbefristungen. Wir kennen den Fall einer 42-jährigen Briefträgerin, die hatte in 17 Berufsjahren 88 befristete Arbeitsverträge – bis sie sich bei der Deutschen Post einklagen konnte. Dass so eine Praxis in Deutschland überhaupt möglich ist, ist ein Skandal.

Die Bedürfnisse der Beschäftigten sind manchen Arbeitgebern offenbar völlig schnuppe. Mir doch egal, wie die klar kommen, Hauptsache der Laden brummt.

Das erleben wir gerade auch bei der Diskussion um die Arbeitszeit. Seit Jahren schieben wir einen Riesenberg an Überstunden vor uns her. Allein im letzten Jahr haben die Beschäftigten knapp eine Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet! Das ist Lohndiebstahl.

Vernünftige Mitsprache bei der Personalbemessung brauchen wir in vielen Betrieben. Besonders in den Krankenhäusern und bei der Pflege. Die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege sind durch hohe körperliche und psychische Anforderungen überlastet. Es gibt schon heute viel zu wenig Personal, die Arbeitsbedingungen sind oft hundsmiserabel. Das schreit zum Himmel!

Wir brauchen mehr Pflegekräfte in den Altenheimen und bei den ambulanten Pflegediensten – mit guter Bezahlung und anständigen Arbeitsbedingungen.

Viele Beschäftigte arbeiten heute wie im Hamsterrad: immer höherer Leistungsdruck und permanente Verfügbarkeit. Unüberlegter Personalabbau auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen. Und das Hamsterrad dreht sich mit der Digitalisierung immer schneller. Deshalb fordern wir mehr Mitbestimmung bei Arbeitszeiten, bei Leistungsvorgaben und bei der Personalbemessung.

Bei der Arbeitszeit haben EVG, IG BCE und gerade eben die IG Metall mit ihren Tarifverträgen bewiesen, dass starke Gewerkschaften auch was durchsetzen können.

Wir machen uns als Gewerkschaften stark für eine solidarische, gerechte und weltoffene Gesellschaft!

Heute am 1. Mai und an allen anderen Tagen des Jahres.

Wir fordern gute und sichere Arbeit.

Wir wollen, dass mehr Beschäftigte den Schutz von Tarifverträgen genießen und am Arbeitsplatz mitbestimmen können.

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden können.

Dafür sind wir heute auf der Straße!



Auf uns kommt es an, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Glück auf!